

Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, BBO, DIE LINKE und UW im Rat der Stadt Bad Oeynhausen



Bad Oeynhausen, 13.04.2015

Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Elze „Südbahn“ (Planfall 33) für den Güterverkehr

Antrag auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für die Ratssitzung am 29.04.2015;
gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rats

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die genannten Fraktionen beantragen, den oben genannten Tagesordnungspunkt „**Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Elze „Südbahn“ (Planfall 33) für den Güterverkehr**“ auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 29.04.2015 zu setzen.

Vorgelegt wird folgender Beschlussantrag:

- a. Die Verwaltung wird gebeten, zum aktuellen Sachstand des Vorhabens Auskunft zu geben, insbesondere **welche Aktivitäten die Verwaltung zur Vertretung der Bad Oeynhausener Interessen unternommen hat seit dem Ratsbeschluss vom Juni 2011** (Gründung einer interkommunalen AG aus Löhne, Vlotho und Bad Oeynhausen).
- b. Die Verwaltung wird gebeten, die Frage zu beantworten, warum der Rat der Stadt Löhne bereits Mitte Februar beschlossen hat, sich an den Kosten eines gemeinsamen Gutachtens zur Untersuchung der Auswirkungen des Planvorhabens unter Initiative der Stadt Rinteln zu beteiligen, **der Rat der Stadt Bad Oeynhausen hingegen über das Treffen der Anrainerkommunen am 13.01.2015 und über die Beauftragung des gemeinsamen Gutachtens nicht durch die Verwaltung informiert und beteiligt wurde.**
- c. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend mit der Stadt Rinteln und der niedersächsischen kommunalen „Bahn-AG“ Kontakt aufzunehmen zwecks:
 - eines **Beitritts der Stadt Bad Oeynhausen zur kommunalen „Bahn-AG“** (Zusammenschluss der betroffenen Anrainerkommunen),
 - der **zeitnahen Vorstellung der beauftragten gutachterlichen Aussagen im Rat der Stadt Bad Oeynhausen** (liegen voraussichtlich zur 17. KW 2015 vor,

- **einer interkommunalen Abstimmung zur Formulierung einer gemeinsamen Stellungnahme an die Bundesparlamentarier** auf Grundlage der angekündigten gutachterlichen Aussagen (Rinteln, Löhne und andere Kommunen) und den vorliegenden Aussagen zu den Auswirkungen des Ausbaus in der Stadt Bad Oeynhausen (Regionalrat: Folgekosten von 300 Mio. Euro zur Wahrung der Kurorte- und Erholungsfunktion der Stadt Bad Oeynhausen).

Begründung:

Am 13.01.2015 fand im Rathaus der Stadt Rinteln ein Abstimmungsgespräch zum möglichen Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Elze (Planfall 33 im Bedarfsplan 2025 für die Bundesschienenwege zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2015) statt. Zu dem Gespräch waren die Bürgermeister der Anrainerkommunen der Bahnstrecke, die Landräte der Kreise Schaumburg und Hameln-Pyrmont sowie Mitglieder der Bürgerinitiative bi-transit-weserbergland am 30.12.2014 eingeladen worden.

Anlass für das Gespräch ist die Erwartung, dass im Sommer dieses Jahres eine zweite Untersuchung zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2015 vorgelegt wird. Dieses soll, aufbauend auf den Ergebnissen der bisherigen Beteiligungsverfahren, die „Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege“ von BVU/Intraplan vom November 2010 ergänzen bzw. ersetzen und als Grundlage des Teilbereichs Bundesschienenwege für die parlamentarische Beratung und Beschlussfassung zum Bundesverkehrswegeplan dienen.

Ziel der Anrainerkommunen sollte es nach wie vor sein, zu verhindern, dass der Ausbau der Strecke Löhne-Elze in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wird. Nach Einschätzung aus dem Teilnehmerkreis steht die Bundesregierung unter Druck der EU, kurzfristig für eine leistungsfähige Güterverkehrsstrasse auf der Relation niederländische Nordseehäfen-Warschau sorgen zu müssen.

Befürchtet wird, dass der zeitliche Rahmen für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Ausführungen der neuen Untersuchung zum Planfall 33 nicht ausreichen wird. Daher sollten bereits im Vorfeld Gutachten erarbeitet werden, die Aussagen zu den rechtlichen Voraussetzungen des Ausbaus der Bahnstrecke Löhne-Elze sowie zu den Auswirkungen des Ausbaus auf die städtebaulichen und regionalen Entwicklungen treffen. Daraus könnten dann Einflussfaktoren gewonnen werden, welche die bislang ohnehin schon nicht nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Relation der Maßnahme in ihrer Fragwürdigkeit weiter untermauern und die geringere Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu den Maßnahmen des Planfalls 12 (Ertüchtigung der Relation Minden-Hannover) bestätigen. Mittlerweile wird offenbar zu den bisherigen Planfällen 12 und 33 eine dritte Variante über Altenbeken-Hameln diskutiert.

Für die Erarbeitung der Fachgutachten wurde am 13.01.2015 in Rinteln ein **zweistufiges Vorgehen** vorgeschlagen. Im Auftrag der vertretenen Landkreise soll durch ein **Rechtsgutachten die Frage der Erforderlichkeit eines Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Strecke Löhne-Elze abschließend geklärt werden**. Die Erforderlichkeit eines derartigen Verfahrens hätte erhebliche Auswirkungen, etwa auf das Erfordernis von Schallschutzmaßnahmen und damit auf die Inhalte weiterer Untersuchungen.

Auf dieser Grundlage soll ein **zweites Fachgutachten die oben genannten Auswirkungen auf die städtebaulichen und regionalen Entwicklungsmöglichkeiten untersuchen**. Dieses Gutachten soll auf Initiative der Stadt Rinteln unter finanzieller Beteiligung der übrigen Anrainerkommunen erstellt werden. Strategische Schwerpunkte der Untersuchung könnten die Stadtdurchfahrten Bad Oeynhausen (Kurgebiet!), Rinteln und Hameln sowie in regionaler Hinsicht die Belastung des Erholungsraumes Weserbergland sein. Ein Vorgespräch mit einem geeigneten Beraterbüro ist für die erste Februarwoche avisiert worden.

Am 25.03.2015 fand auch Einladung der Stadt Rinteln und der Bürgerinitiative bi-transit-weserbergland eine weitere Veranstaltung statt. Dort wurde seitens der Stadt Rinteln angekündigt, dass die ersten Aussagen des beauftragten Gutachtens in der 16. oder 17. KW 2015 vorliegen würden.

An beiden Treffen hat die Verwaltung der Stadt Bad Oeynhausen nicht teilgenommen (politische Vertreter des Rats waren auf Eigeninitiative vor Ort). Über die Aktivitäten der neuen gemeinsamen kommunalen Initiative der Anrainerkommunen wurde der Rat der Stadt Bad Oeynhausen darüber hinaus seitens der Verwaltung nicht informiert.

Wir erwarten umgehend Aufklärung und Stellungnahme darüber, warum sich die Stadt Bad Oeynhausen derart passiv verhält, wie sie die neue interkommunal abgestimmte Initiative bewertet und wie sie die Interessen der Bürger der Stadt Bad Oeynhausen vor dem Hintergrund der erwarteten Einbringung des Bundesverkehrswegeplans vertreten möchte.

Wir bedanken uns und verbleiben mit freundlichen Grüßen



f. A. gez. Olaf Winkelmann

Vorsitzender, SPD-Fraktion

gez. Volker Brand

Vorsitzender, Fraktion GRÜNE

gez. Reiner Barg

Vorsitzender, BBO-Fraktion

gez. Andreas Korff

Vorsitzender, Fraktion DIE LINKE

gez. Thomas Heilig

Vorsitzender, UW-Fraktion